

irrt

deren EU-Ländern. Das als Beispiel für gute Wirt-

olitiker geben ihre Lust nicht auf. Gerade hat In-Arnaud Montebourg erklärt, was er für rich-olpolitik hält. „den rheini-us“. Der räume den Ge-en Gebietskörperschaft den nötigen Einfluss der Minister genau das der deutschen Nach-das regelmäßig zulas-und Eigentümern ging reise in diesem Lande Montebourg sollte sich , womit der deutsche (WE) in seine jetzige Exis-ist, die Tausende Jobs nd die Spätfolgen der fa-politischen, gewerk-i kommunalen Interes-ein Erfolgsrezept hält. Istom mitreden, obwohl Konzern nur 0,9 Prozent Unter anderem, weil der rn vor zehn Jahren vor-ettet habe. Eine absurde-für staatliche Übergriffe hört. So kommt es, dass n Einstieg von GE bei Al-n das Management aber i die Gewerkschaften für r nicht-französische Ber- noch staunen. rwerflich, wenn sich der schaft einmischt. Er hat ntrollfunktion. Dennoch renzen der Politiker se-eben eigene Interessen n Grund zu der Annah-er in Fragen der Wirt-hblick hätten als Mana-ht lässt sich begründen, ihr Vertrauen verdienen er Wirtschaft. Beiden ist eide sollten aber von de-verden, die dafür zustan- von den Wählern, die Aktionären. kreich Brauch sein, dass fragt werden will, ob ein ellen streichen darf. Es gein entsprechen, wenn nen wollen, welcher aus-r als Retter für einen Kri-hm wäre. Die Usancen ih-er Franzosen unbenom-es Unternehmen wie Sie-uf so altertümliche Vor-Unternehmensführung sen.

Seite 21

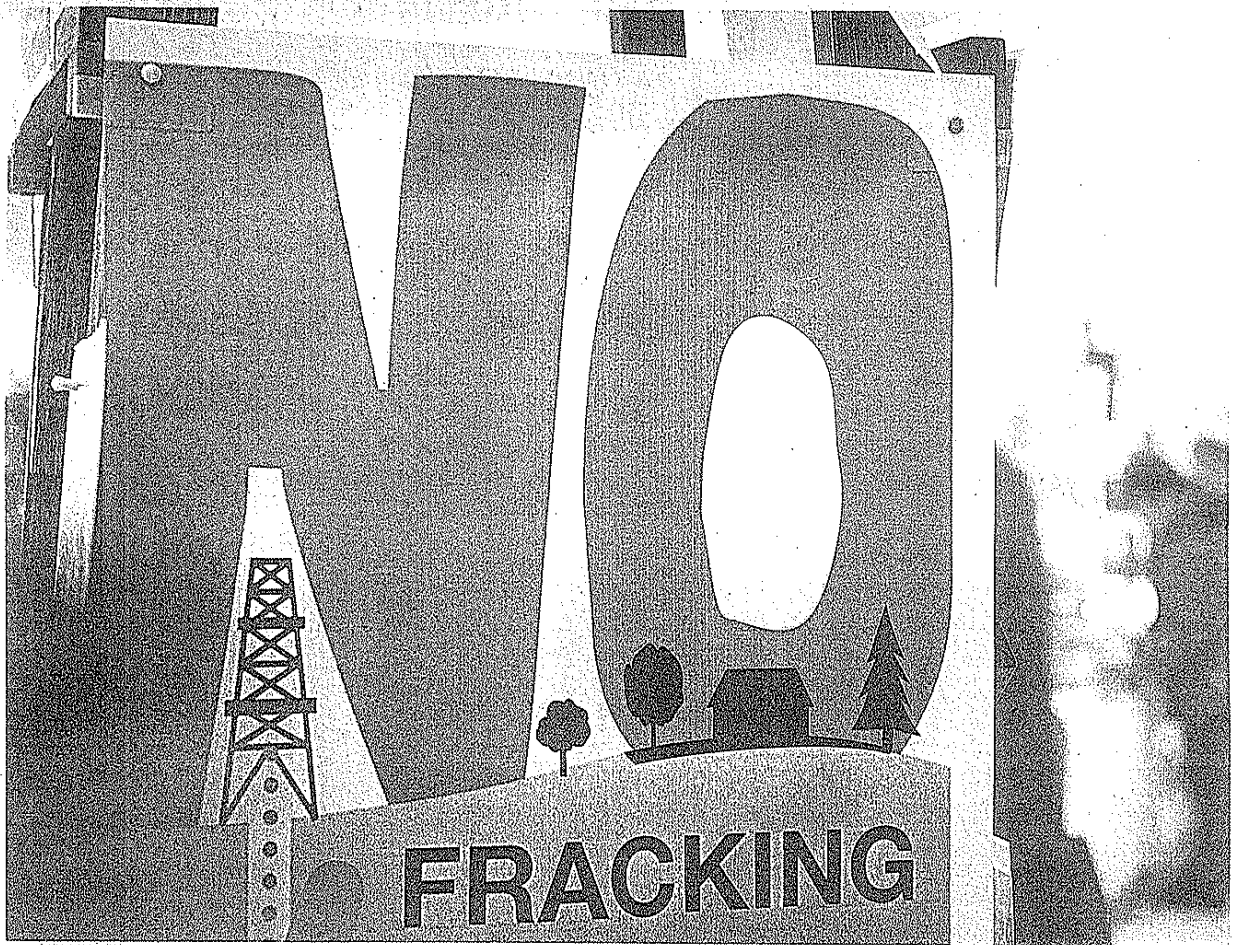
„Wenn der Film
ibaba schaden würde,
hätte ich ihn
nicht gemacht.“
Porter Erisman
Foto: ohi

hafter

ten Film gedreht

Der Film noch nicht, von l er aber auf einer Video-ernet erscheinen. m ist eine Hommage an iel Charme und Durchhal-nigt. Mal kontert Ma im Journalistenfragen, mal chnodisco. In vielen Sze-nalige Englischlehrer Mo-„Heute ist hart, morgen ist norgen ist wunderschön“.

ierenden kommt die Ge-actnackigen. Interneta-



Proteste gegen Fracking. Die Bundesregierung weicht ihre Haltung gegenüber der umstrittenen Formeremethode auf.

FOTO: FELIX KRASTLE/DPA

Bohren, um jeden Preis

Die Bundesregierung gibt dem Drängen der Wirtschaft nach und will Fracking erlauben, obwohl eine neue Studie erneut die Risiken bestätigt. Ein Streit mit den Ländern ist programmiert

VON SILVIA LIEBRICH

München - Fracking ist in Deutschland ein Reizthema und politisch umkämpft. Der Streit über diese Methode, Erdgas-vorräte im Boden auszubeuten, hat dazu geführt, dass in Deutschland seit mehr als zwei Jahren keine Genehmigungen für die Erschließung neuer Abbaufelder erteilt wurden. Die zuständigen Länder haben sich auf eine Art Fracking-Moratorium ver-standigt. Doch mit der Russland-Krise wächst der Druck auf die Bundesregie-rung, für klare Verhältnisse zu sorgen.

Zwischen Bund und Ländern bahnt sich eine heftige Auseinandersetzung an. Wäh-rend sich die Umweltminister der Länder gerade einstimmig gegen das Fracking aus-gesprochen haben, will das Berliner Wirt-schaftsministerium die umstritten Techno-logie zulassen und damit der Industrie ent-gegenkommen. Der Schutz der Umwelt müsse gegen wirtschaftliche Interessen ab-gewogen werden, heißt es dort. Damit rückt die Bundesregierung von ihrer Zusa-ge ab, dass der Umweltschutz Vorrang ha-ben muss.

Vor allem die deutsche Wirtschaft und internationale Energiekonzerne wollen die unangetasteten deutschen Schiefergasvor-kommen ausbeuten. Sie hoffen auf niedri-gere Energiepreise wie in den Vereinigten Staaten, wo billiges, mit der Fracking-Me-thode gewonnenes Erdgas für einen gewalt-igen industriellen Aufschwung sorgt. In deutschen Konzernen geht die Sorge um, die amerikanischen Konkurrenten könn-

ten dauerhafte Vorteile im globalen Wett-bewerb erzielen.

Wie groß die Risiken der umstrittenen Formeremethode in Deutschland wären, be-stätigt eine Untersuchung, an der derzeit im Umweltbundesamt gearbeitet wird. Ein Entwurf liegt der Süddeutschen Zeitung vor. Darin heißt es etwa, dass die erhöheten Risiken von Fracking mit „herkömmlichen punktuellen Formertechnologien nicht ver-gleichbar sind“. Die hohe Zahl an Bohrun-gen sowie der hohe Wasserverbrauch und die großen Mengen von giftigem Abwasser stellen demnach eine erhöhete Gefahr für die Umwelt dar. Bedenklich sei, dass es bei vielen Fragen dieser Abbaumethode eine „Wissensunsicherheit“ gebe.

Das sehen die Beamten des Wirtschafts-ministeriums ganz anders: „Für die Ent-scheidung, ob und falls unter welchen Be-dingungen aus einer Lagerstätte Erdgas ge-fördert werden kann, ist die Klassifizie-rung als konventionell oder unkonventio-nell zunehmend unerheblich“, heißt es bürokratisch in einer Antwort des Minister-iums auf eine Anfrage der Grünen. Auch sei-ene Definitionen wie die für Schiefergas viel zu schwammig, es fehle an klaren Krite-rien, eine klare Abgrenzung sei kaum mög-lich. Entscheidend sei stattdessen, „eine Abwägung bezüglich Umweltverträglich-keit und der Wirtschaftlichkeit zu treffen“, heißt es weiter in dem Schreiben.

Julia Verlinden, energiepolitische Spre-cherin der Grünen im Bundestag, ist alar-miert. Sie sieht in der Wortklauberei des Ministeriums ein Zeichen dafür, dass die

Bundesregierung von ihrer bisher kriti-schen Haltung gegenüber dem Fracking abrücken will. „Der Verweis auf die Wirt-schaftlichkeit ist ein gefährliches Argu-ment. Der Schutz des Wassers, der Umwelt und Gesundheit müssen absoluten Vor-rang vor wirtschaftlichen Interessen ha-ben.“ Für Verlinden stellt sich damit auch die Frage, wie die Bundesregierung kun-fig zu ihrer Aussage im Koalitionsvertrag stehen will. Vor der Gründung der großen Koalition hatten CDU und SPD gleicher-maen auf die Risiken der unkonventionellen Gasgewinnung hingewiesen.

Die Industrie fordert verlässliche Regeln für die Förderung

Experten widersprechen zudem der Aus-sage des Wirtschaftsministeriums, dass sich die Art der Gasvorkommen nicht ge-nau definieren lasse. Von dieser Definition hängt aber ab, welches Gas gefördert werden darf. Fehlt diese Definition läuft es auf schwer kontrollierbare Einzelentscheidun-gen bei den Genehmigungsbehörden hin-aus. Dass es schwer sei, konventionelle von unkonventionellen Vorkommen zu un-terscheiden, lässt Stefan Ladage von der Bun-desanstalt für Geowissenschaften und Roh-stoffe nicht geiten. „Bei nicht-konventio-nellen Vorkommen, etwa Schiefergas, ist ausschlaggebend, dass man einen erhöhten Aufwand betreiben muss, um das Vor-kommen zu erschließen“, sagt Ladage. Zu

der wirtschaftlich aufwändigeren Gruppe gehöre auch das nur mit Fracking zu för-dernde Schiefergas.

Unterdessen stehen Bund und Länder unter Druck, einen klaren Kurs festzule-gen im Umgang mit Schiefergas und Frack-ing. Wer wo den Bohrer ansetzen darf, entscheiden bislang die Bundesländer. Das macht die Sache umständlich und er-schwert den Zugang für Unternehmen, die sie ausbeuten wollen. Nicht nur die Wirt-schaft fordert verlässliche Regeln für den Abbau von Rohstoffen. Auch das Land Nie-dersachsen, das gut 95 Prozent der heimi-schen Gasmenge liefert und am stärksten vom Stillstand in der Gasindustrie betref-fen ist, drängt auf rasche Klärung. Nieder-sachsens Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD) will eine Bundesratsinitiative star-ten, damit Fracking unter bestimmten Be-dingungen erlaubt bleibt. Die Methode wird in Deutschland schon seit einiger Zeit in normalen Gasfeldern eingesetzt, um dort die letzten Reste herauszupressen. Da-bei ist es auch hierzulande bereits zu klei-neren Unfällen gekommen.

Kritiker warnen unterdessen vor dem Versprechen, Schiefergas könnte Deut-schland unabhängig von russischen Gasliefe-rungen machen. Dafür sind die deutschen Vorkommen viel zu gering. Die vermutete Menge ist gerade mal so groß, dass man da-mit zwölf Jahre lang den derzeitigen Ge-samtbedarf des Landes decken könnte. Si-cher ist auch, dass deutsches Schiefergas erheblich teurer sein wird als amerikani-sches.

Neues Kapitel

Der Finanzinvestor Paragon Partners aus München übernimmt die insolvente Verlagsgruppe

München - Die insolvente Verlagsgruppe

Die Finanzgesellschaft verfügt nach ei-

zum Beispiel an der Nachhilfeorganisation